

Gastbeitrag

Um gegen Putin und Xi zu bestehen, muss die EU die „Mutter aller Probleme“ lösen

Teilen Pocket



Staatenlinker: Der russische Präsident Wladimir Putin empfängt in Moskau den chinesischen Präsidenten Xi Jinping. dpa/Sergei Chirikov



FOCUS-Online-Gastautor **Klemens Joos**

Mittwoch, 22.06.2022, 12:11

Es ist die „Mutter aller Probleme“ für die EU: Bei den wichtigsten Themen kann sie nach wie vor nur einstimmig entscheiden. Die Union muss jetzt ihre Regierungsfähigkeit drastisch verbessern, will sie auf Augenhöhe mit den gewaltigen Herausforderungen, aber auch mit den anderen Big Playern wie den USA und China kommen und besser auf Krisen wie den Ukraine-Krieg reagieren können.

Wer die aktuellen Probleme der Europäischen Union (EU) besser verstehen und zur einzig richtigen Lösung finden will, sollte sich mit der Geschichte des Patentschutzes beschäftigen. Schon Anfang der 70er Jahre wurde klar, dass auf Dauer kein Weg an einem EU-weit geltenden Einheitspatent vorbeiführt, erste Verhandlungen wurden geführt. Doch erst ein halbes Jahrhundert später – am 19. Januar 2022 – konnte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton **in Brüssel** erleichtert den Startschuss geben.

Lissabon-Vertrag leitete die Wende ein

Sicher ein besonders krasses Beispiel für den EU-Hindernismarathon zu wichtigen Reformen. Dessen Ursachen sind vielfältig, aber das entscheidende Hemmnis für eine Einigung war über Jahrzehnte das Prinzip der Einstimmigkeit, dem zufolge jeder Mitgliedstaat mit einem Veto aus seiner Sicht unliebsame Reformen oder Beschlüsse verhindern kann.

Über den Gastautor

Prof. Dr. Klemens Joos lehrt an der Technischen Universität **München** und ist Gründer der international tätigen Münchner EU Politik- und Unternehmensberatung EUTOP



Prof. Dr. Klemens Joos, EU-Experte und TUM-Honoraryprofessor

Nadine Stegemann

Erst der zum 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag **von Lissabon** leitete die Wende ein, weil darin das Instrument der „Verstärkten Zusammenarbeit“ auch im Bereich des Binnenmarktes und damit beim Patentschutz angewendet werden durfte. Es sieht vor, dass EU-Mitgliedstaaten eine „Koalition der Willigen“ (Mindestteilnehmer-Zahl: neun) bilden und einen Rechtsakt nur in ihren Ländern einführen dürfen, wenn sich trotz aller Bemühungen nicht alle EU-Staaten darauf verständigen können.

„Mutter aller Probleme“ wird der EU zu schaffen machen

Was ich damit sagen will: Das in Teilen immer noch bestehende Prinzip der Einstimmigkeit hängt der EU auf dem Weg in die Zukunft wie ein Mühlstein um den Hals. Die großen Krisen der EU – Ukraine, Flüchtlinge, Euro – haben ihr Ansehen bei den Bürgern stark beschädigt und die Bedeutung der Mitgliedstaaten gestärkt. Und genau bei diesen Themen – Außen- und Sicherheitspolitik, Außengrenze, Haushalt/Währung – kann die EU nach wie vor nur einstimmig, also mit Zustimmung aller Mitglieder entscheiden. Es liegt aber auf der Hand, dass 27 EU-Mitgliedstaaten sich in aller Regel nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können, wenn überhaupt.

Diese „Mutter aller Probleme“ wird der EU auch in den kommenden Monaten bei der Bewältigung der Folgen der **Ukraine-Krise** zu schaffen machen. Das teilweise Scheitern, sich auf ein rasches Erdöl-Embargo gegen den Aggressor Russland zu verständigen, bietet da nur einen Vorgeschmack. Beim Öl scherte **Ungarns** Viktor Orbán aus, beim Erdgas sind bis auf weiteres auch die Deutschen nicht zum Embargo bereit – zu groß ist die Abhängigkeit. Nicht einmal in der Frage, ob man mit dem **russischen** Präsidenten **Wladimir Putin** noch telefonieren darf, finden die EU-Staaten zu einer gemeinsamen Position.



Russland wird zum Vasall **Chinas**: Der russische Präsident Wladimir Putin und der chinesische Staatspräsident Xi Jinping. Alexei Druzhinin/Pool Sputnik Go

Und sollte die Euro-Krise tatsächlich zurückkehren, wie manche Ökonomen befürchten, weil überschuldete Euro-Mitgliedstaaten wie **Italien** oder **Griechenland** mit massiven Zinsaufschlägen für neue Kredite nicht leben können, dann wäre die EU oder auch die Euro-Gruppe erneut überfordert.

Für Augenhöhe mit USA und China muss EU Regierungsfähigkeit stärken

Aus all dem folgt: Die Union muss ihre „Governance“, ihre Regierungsfähigkeit und damit ihre Handlungsfähigkeit drastisch verbessern, will sie auf Augenhöhe mit den gewaltigen Herausforderungen, aber auch mit den anderen Big Playern wie den USA und China kommen. Dies gilt umso mehr, als mit der Ukraine, Moldau und den Staaten des Westbalkans eine neue Erweiterungsrunde ansteht. Eine EU mit mehr als 30 Mitgliedstaaten – von der belarussischen Grenze bis zum Atlantik, von der Nordsee bis zum Mittelmeer – wird sonst zum Dinosaurier der Weltgeschichte. Es geht aber zugleich darum, dass die EU von ihren Bürgern wieder mehr Zustimmung erfährt. Ihre größten Erfolge – Abschaffung der Grenzen, Freihandel und gemeinsame Währung – sind zur Selbstverständlichkeit geworden.

Es geht also um eine Reform der Union an Haupt und Gliedern. Denn mit dem Vertrag von Lissabon wurde leider nur die Hälfte des Wegs zur Schaffung der Vereinigten Staaten **von Europa** (VSE) zurückgelegt. 2009 war das übrigens ein großer Erfolg, war doch zuvor der Versuch, der EU eine Verfassung zu geben, an Referenden **in Frankreich** und den **Niederlanden** gescheitert. Erhebliche Teile des Verfassungsentwurfs wurden im Lissaboner Vertrag umgesetzt. Dieser Prozess muss nun vollendet werden.



Die EU-Abgeordneten stimmen im zweiten Anlauf über einen Teil des EU-Klimapakets ab (Archivbild). Michael Kappeler/dpa

Stärkung der Rolle der Europäischen Kommission als Regierung der EU

Dazu gehört für mich eine Stärkung der Rolle der Europäischen Kommission als Regierung der EU. Künftig sollte das Europäische Parlament eine Präsidentin/einen Präsidenten vorschlagen, der sich dann ein Kabinett unabhängig von den Wünschen der Mitgliedstaaten zusammenstellt, das sich dann im Europäischen Parlament zur Wahl stellt.

Nicht wiederholen darf sich jedenfalls das Szenario von 2019, als die EVP mit Manfred Weber als Kandidat für den Präsidenten-Job die Europawahl gewinnt und anschließend die Staats- und Regierungschefs mit Ursula von der Leyen eine andere Lösung durchsetzen. Besser kann man das Demokratie-Defizit der EU nicht herausarbeiten. Die Zahl der Kommissare sollte sich künftig an der Zahl der sinnvollen Ressorts orientieren und nicht an der der Mitgliedstaaten. 30 Kommissare und mehr – das kann niemand wollen!

Denkbar wäre natürlich auch eine Direktwahl des Präsidenten der Europäischen Kommission in allen EU-Mitgliedstaaten. Voraussetzung dafür wäre ein Wahlgang in der gesamten EU statt der bisherigen getrennten Wahlen in jedem Mitgliedstaat. Dann würde es auch einen gesamteuropäischen Wahlkampf geben, der das Bewusstsein der Bürger, in einem vereinten Europa zu leben, erheblich stärken würde. Sollte den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten ein direkt gewählter Kommissionspräsident zu mächtig sein, weil er der Präsident aller EU-Bürger wäre, kann man sich auch für das deutsche System entscheiden: Präsident würde dann, wer im Europäischen Parlament eine Mehrheit erhält.

Rechte des Europäischen Parlaments müssen weiter gestärkt werden

Auch das Europäische Parlament müsste künftig aus einer Wahl in einem die gesamte EU umfassenden Wahlgebiet mit vereinten Wahllisten hervorgehen. Daran entscheidet sich, ob sich die Vision Winston Churchills von einem Bundesstaat Europa doch noch erfüllt oder ob die EU ein Staatenbund, ein Europa der Vaterländer (Charles de Gaulle) bleibt. Ganz unabhängig davon müssen die Rechte des Europäischen Parlaments weiter gestärkt werden, zum Beispiel beim Aufstellen des Haushalts der EU oder – ganz entscheidend – durch das Recht, Gesetzgebungsverfahren einzuleiten zu können. Bislang darf das nämlich nur die Europäische Kommission.

Wie bereits dargelegt, ist die weitgehende, wenn nicht gar vollständige Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips zugunsten qualifizierter Mehrheiten von zentraler Bedeutung für die Regierungsfähigkeit der EU. Diesem Prinzip haftet darüber hinaus ein erhebliches Demokratie-Defizit an. Denn während im Bundesrat jedes Bundesland über Stimmen entsprechend seiner Einwohnerzahl verfügt, hat im EU-Rat Malta dasselbe Stimmgewicht wie Deutschland oder Frankreich. Die Folge: 500.000 Malteser können u.a. in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Steuer- und Haushaltspolitik darüber entscheiden, was für rund 450 Millionen EU-Bürger richtig oder falsch ist.

Das sind die großen Reform-Räder. Doch auch kleine Stellschrauben können große Wirkung haben, zum Beispiel das Prinzip der Diskontinuität. Es besagt, dass mit der Konstituierung eines Parlaments nach Wahlen alle Gesetzentwürfe und Vorlagen neu eingebracht und verhandelt werden müssen, die in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht beschlossen wurden. Das gilt für fast alle Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, nicht aber für das Europäische Parlament. Was technokratisch klingt, hat aber eine erhebliche Auswirkung in der Politik. Denn wenn Politiker wissen, dass ein Vorhaben mit dem Ende der Legislaturperiode verfällt, beeilen sie sich in aller Regel, es vorher noch durch das Parlament zu bringen. Die Einführung des Grundsatzes der Diskontinuität könnte sich auf die Arbeit des Europäischen Parlaments also wie ein Turbo auswirken.

Macron: Zwang zur Einstimmigkeit in Schlüsselfragen macht keinen Sinn

Für die Zukunft der EU kommt dem Gipfeltreffen am Ende dieser Woche (23./24. Juni) in Brüssel zentrale Bedeutung zu. Denn der französische Präsident Emmanuel Macron, der derzeit den Ratsvorsitz innehat, will dort über grundsätzliche Reformen der EU diskutieren, nicht zuletzt über die Abschaffung des Einstimmigkeits-Prinzips in zentralen Fragen. Wenn die EU sich schneller entwickeln wolle, mache der Zwang zur Einstimmigkeit in Schlüsselfragen keinen Sinn, befand Macron Anfang Mai zum Abschluss der „Konferenz zur Zukunft Europas“ in Straßburg. „Ich befürworte eine institutionelle Reform.“

Einer der Wege zu dieser Reform ist die Einberufung eines Konvents zur Revision der Verträge“, unterstützte der Franzose die Forderung des Europäischen Parlaments, einen Verfassungskonvent einzuberufen. Für reformbedürftig hält Macron den Maastrichter Vertrag zum Euro und zu einer einheitlichen Geldpolitik oder das Schengen-Abkommen über den Wegfall der EU-Binnengrenzen. Und er möchte künftig generell europäische Investitionen durch europäische Schulden finanzieren.

Das gefällt bei weitem nicht allen in der EU: 13 Mitgliedstaaten, vor allem aus Nord- und Osteuropa, legten sogleich eine Anti-Reformschrift mit dem gewagten Titel „Wir haben bereits ein Europa, das funktioniert“ vor, in der institutionelle Reformen rundweg abgelehnt werden. Damit ist die Idee von der Einberufung eines Verfassungskonvents aber nicht gestorben. Denn dafür ist eben keine Einstimmigkeit der Staats- und Regierungschefs erforderlich, es reicht die einfache Mehrheit. Und was für die Reformer spricht: Ohne Überwindung der Governance-Krise droht dem historischen Projekt der Europäischen Union Lethargie und langsamer Abstieg. Die Welt wartet nicht auf die Europäische Union. Das wissen auch die Reformkritiker.

https://www.focus.de/politik/ausland/eu/gastbeitrag-nur-wenn-die-eu-die-mutter-aller-probleme-loest-kann-sie-gegen-putin-und-xi-bestehen_id_107982498.html

Abgerufen am 22.06.2022

To stand up to Putin and Xi, the EU must solve the "mother of all problems"

(Prof Dr Klemens Joos, EU-Expert and TUM Honorary Professor)

FIRST PUBLISHED ONLINE IN "FOCUS ONLINE" (22.06.2022)

It is the "mother of all problems" for the EU: On the most important issues, it can still only decide unanimously. The Union must now drastically improve its governance capacity if it wants to be on a par with the enormous challenges, but also with the other big players like the USA and China, and be able to better respond to crises like the Ukraine war.

Anyone who wants to better understand the current problems of the European Union (EU) and find their way to the only correct solution should look at the history of patent protection. As early as the beginning of the 1970s, it became clear that in the long run there was no way around a unitary patent valid throughout the EU, and initial negotiations were held. However, it was not until half a century later - on January 19, 2022 - that with relief EU Internal Market Commissioner Thierry Breton was able to give the starting signal in Brussels.

Lisbon Treaty ushered in the turning point

This is certainly a particularly glaring example of the EU's marathon obstacles to important reforms. There are many reasons for this, but for decades, the decisive obstacle to agreement was the principle of unanimity, according to which each member state can use a veto to prevent reforms or decisions that it considers unwelcome.

It was not until the Lisbon Treaty, which came into force on December 1, 2009, that the turning point was reached, because it allowed the instrument of "enhanced cooperation" to be applied also in the area of the internal market and thus in patent protection. It provides for EU member states to form a "coalition of the willing" (minimum number of participants: nine) and to introduce a legal act only in their countries if, despite all efforts, not all EU states can agree on it.

"Mother of all problems" will cause headaches for the EU

What I mean by this is that the principle of unanimity, which still exists in parts, hangs around the EU's neck like a millstone as it moves into the future. The EU's major crises - Ukraine, refugees, the euro - have severely damaged its reputation among citizens and strengthened the importance of the member states. And it is precisely on these issues - foreign and security policy, external border, budget/currency - that the EU can still only decide unanimously, i.e. with the agreement of all members. However, it is obvious that 27 EU member states can usually only agree on the lowest common denominator, if at all.

This "mother of all problems" will continue to plague the EU in the coming months as it deals with the fallout from the Ukraine crisis. The partial failure to agree on a swift oil embargo against aggressor Russia offers just a taste of that. Hungary's Viktor Orbán backed out of the oil embargo, and the Germans are not prepared to agree to a natural gas embargo for the time being - the dependency is too great. The EU states have not even reached a common position on the question of whether it is still permissible to talk to Russian President Vladimir Putin on the phone.

And if the euro crisis does return, as some economists fear, because over-indebted euro member states such as Italy or Greece cannot live with massive interest surcharges on new loans, then the EU or the Eurogroup would once again be overwhelmed.

EU must strengthen governance capacity for parity with the USA and China

It follows from all this: The Union must drastically improve its "governance", its ability to govern and thus its ability to act, if it wants to be on a par with the enormous challenges, but also with the other big players such as the USA and China. This is even more true now that a new round of enlargement is on the horizon with Ukraine, Moldova and the states of the Western Balkans. Otherwise, an EU with more than 30 member states - from the Belarusian border to the Atlantic, from the North Sea to the Mediterranean - will become the dinosaur of world history. At the same time, however, the EU must regain the support of its citizens. Its greatest successes - the abolition of borders, free trade and a common currency - are being taken for granted.

It is therefore a matter of reforming the Union at the head and the limbs. Unfortunately, the Treaty of Lisbon is only halfway to the creation of a United States of Europe (USE). Incidentally, this was a great success in 2009, since the attempt to give the EU a constitution had previously failed in referendums in France and the Netherlands. Significant parts of the draft constitution were implemented in the Lisbon Treaty. This process must now be completed.

Strengthening the role of the European Commission as the government of the EU

For me, this includes strengthening the role of the European Commission as the government of the EU. In the future, the European Parliament should propose a president who would then put together a cabinet independently of the wishes of the member states, which would then stand for election in the European Parliament.

In any case, we must not repeat the scenario of 2019, when the EPP won the European elections with Manfred Weber as candidate for the presidential job and then the heads of state and government pushed through a different solution with Ursula von der Leyen. There is no better way to highlight the EU's democratic deficit. In the future, the number of commissioners should be based on the number of meaningful portfolios and not on the number of member states. Thirty commissioners and more - no one can want that!

Of course, a direct election of the President of the European Commission in all EU member states would also be conceivable. The prerequisite for this would be one ballot in the entire EU instead of the current separate elections in each member state. Then there would also be a pan-European election campaign, which would considerably strengthen the citizens' awareness of living in a united Europe. Should the heads of state and government of the member states find a directly elected Commission president too powerful, because he would be the president of all EU citizens, they could also opt for the German system: The president would then be whoever receives a majority in the European Parliament.

Rights of the European Parliament must be further strengthened

In the future, the European Parliament would also have to emerge from an election in an electoral area encompassing the entire EU with united electoral lists. This will determine whether Winston Churchill's vision of a federal state of Europe will be fulfilled after all or whether the EU will remain a confederation of states, a Europe of fatherlands (Charles de Gaulle). Quite independently of this, the rights of the European Parliament must be further strengthened, for example, in drawing up the EU budget or - quite decisively - through the right to initiate legislative procedures. Until now, only the European Commission has been able to do this.

As already explained, the extensive, if not complete, abolition of the unanimity principle in favour of qualified majorities is of central importance for the EU's ability to govern. Moreover, this principle has a considerable democratic deficit. Whereas in the Bundesrat each state has votes in proportion to its population, in the EU Council Malta has the same voting weight as Germany or France. As a result, 500,000 Maltese can decide what is right or wrong for some 450 million EU citizens in areas such as foreign and security policy as well as tax and budget policy.

These are the big wheels of reform. However, even small adjusting screws can have a big effect, for example the principle of discontinuity. It states that when a parliament is constituted after elections, all bills and proposals that were not passed in the previous legislative period must be reintroduced and renegotiated. This applies to almost all parliaments of the EU member states, but not to the European Parliament. What sounds technocratic, however, has a significant impact in politics. When politicians know that a project will expire at the end of the legislative period, they usually hurry to get it through parliament beforehand. The introduction of the principle of discontinuity could therefore have a turbo-charging effect on the work of the European Parliament.

Macron: Forcing unanimity on key issues makes no sense

For the future of the EU, the summit meeting at the end of this week (June 23-24) in Brussels will be of central importance. This is because French President Emmanuel Macron, who currently holds the presidency of the Council, wants to discuss fundamental reforms of the EU there, not least the abolition of the unanimity principle on key issues. If the EU wants to develop more quickly, the requirement for unanimity on key issues makes no sense, Macron said at the end of the "Conference on the Future of Europe" in Strasbourg at the beginning of May. "I am in favour of institutional reform.

One of the ways to achieve this reform is to convene a convention to revise the treaties," the Frenchman said in support of the European Parliament's call for a constitutional convention. Macron considers the Maastricht Treaty on the euro and on a single monetary policy or the Schengen Agreement on the elimination of the EU's internal borders to be in need of reform. Moreover, he generally wants to finance European investments through European debt in the future.

This is far from pleasing to everyone in the EU: 13 member states, mainly from northern and eastern Europe, immediately submitted an anti-reform paper with the bold title "We already have a Europe that works," in which institutional reforms are rejected outright. But this does not kill the idea of convening a constitutional convention. For this does not require unanimity among the heads of state and government; a simple majority is sufficient. And what speaks for the reformers: Without overcoming the governance crisis, the historic project of the European Union is threatened with lethargy and slow decline. The world is not waiting for the European Union. The reform critics know that, too.